



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss für Umwelt und Grün	24.03.2011	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

### **Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2010 Strukturen in der Umweltbildung**

Die Verwaltung begrüßt das Interesse der FDP-Fraktion an dem thematischen Schwerpunkt der Umweltbildung. In der Begrifflichkeit nimmt der zur Abstimmung vorgelegte Antrag im wesentlichen Bezug auf das bereits vom Rat beschlossene Vorhaben

„Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzepts“,

welches im Rahmen des Bürgerhaushalts unter Nr. 30 wie folgt festgelegt wurde:

„Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzepts unter Einbindung aller bestehenden städtischen sowie gemeinnützigen Kölner Umweltakteure inklusive Personal- und Aufgabenerweiterung der städtischen ‚Informationsstelle für (schulische) Umweltbildung‘ zur Umsetzung und Koordination des erarbeiteten Konzepts.“

Die im Antrag der FDP-Fraktion dargestellten Sachverhalte bzgl. der unterschiedlichen Akteure im Netzwerk sind der Verwaltung bekannt. Die Verwaltung strebt insofern an, im Rahmen des Auftrages zur Erstellung eines ganzheitlichen Umweltbildungskonzeptes, Partnerschaften mit externen Institutionen und Organisationen sowie Änderungen in der Bildungslandschaft flexibel und innovativ zu begegnen, um Optimierungen zu erreichen.

Die Verwaltung begrüßt insgesamt die Entstehung zahlreicher Initiativen und Verbände im Rahmen des Umwelt- und Klimaschutzes. Dadurch wird der Beweis erbracht, dass die jahrelange Arbeit und der Einsatz der Umweltbildung nachweislich Früchte tragen. Dies ist also kein Anlass zur Sorge oder für Zweifel am bestehenden Konzept, stattdessen sollten

die Vielfalt der Umweltaktivitäten und die komplementäre Ergänzung der Tätigkeiten in der Umweltbildung positiv eingeschätzt werden.

Auch sind private Organisationen, Verbände und Unternehmen selbstbestimmt und unterliegen hinsichtlich ihrer Umweltbildungsaktivitäten nicht der Steuerung durch das Umwelt- und Verbraucherschutzamt. Sie haben naturgemäß ihre eigenen, auch wirtschaftlichen Gründe für ein Engagement in der Umweltpolitik und -bildung. Selbstverständlich ist dies nur begrenzt und partnerschaftlich durch die städtische Umweltbildung im Sinne einer Bündelung zu beeinflussen: An die externen Organisationen und Gremien kann von städtischer Seite nur aufgrund eines überzeugenden Konzeptes eine ‚Einladung‘, jedoch kein ‚Diktat‘ erfolgen, gemeinsam Synergien und Zielsetzungen für die Umweltbildung zu finden und zu verfolgen. Diese Einschränkungen sind der Verwaltung übrigens auch im Hinblick auf übergeordnete Behörden wie Bezirksregierung, Landesämter und Ministerien gesetzt.

Aufgrund fehlender, personeller Ressourcen konnte bisher weder die Aufgabe aus dem Bürgerhaushalt noch der in die gleiche Richtung zielende FDP-Antrag inhaltlich bearbeitet werden.

Erst ab dem 01.03.2011 ist die Verwaltung wieder in der Lage, diese Aufgabe inhaltlich aufzugreifen, so dass nun als erstes eine Statuserhebung über die derzeitigen städtischen und stadtnahen Aktivitäten erfolgen wird. Danach werden die externen Institutionen und Umweltverbände mit einer Analyse des Angebots und der Zielgruppen einbezogen. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung den Vorschlag aus den Reihen des Ausschusses zu einem runden Tisch aufgreifen und prüfen, inwieweit das Forum Umweltbildung, das jahrelang zur Koordinierung der Aktivitäten durch das Umwelt- und Verbraucherschutzamt regelmäßig zusammentraf, erneut belebt werden kann.

Auf einige Ausführungen des Antrages muss jedoch konkreter eingegangen werden:

Das Umwelt- und Verbraucherschutzamt ist beteiligt am Aufbau eines, vom Klimakreis Köln geförderten, integrierten Klimaschutz-Bildungskonzeptes gemeinsam mit vielen weiteren Trägern, welches Eingang in das integrierte Klimaschutzkonzept Köln finden wird.

Die AWB GmbH & Co.KG möchte mit Einverständnis des Schulverwaltungsamtes in zwei Schulen eine Pilotprojekt-Abfallberatung für Schulen durchführen. Nach unserem Kenntnisstand liegt eine Realisierung des Vorhabens bisher nicht vor.

Der im Antrag aufgeführte Hinweis auf mögliche Doppelarbeiten in der Verwaltung kann daher von der Verwaltung nicht bestätigt werden.

Der neue Internetauftritt des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes begegnet bereits der veränderten Mediennutzung, das interkulturelle Projekt in Mülheim trägt den wandelnden Sozialstrukturen Rechnung und bezieht Menschen mit Migrationshintergrund und die Aktivitäten vor Ort ein. Hier wird deutlich, dass die Verwaltung im Rahmen des Möglichen schon auf veränderte Strukturen und Bedarfe in Kooperation mit Dritten eingeht.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzeptes gemäß Auftrag aus dem Bürgerhaushalt für die Verwaltung nunmehr zügig angegangen wird. Der Antrag der FDP-Fraktion enthält in diesem Sinne einige zusätzliche Aspekte, die im Rahmen des Auftrages des Bürgerhaushaltes miteingebunden werden sollten.

gez. Reker